

Claus Schäfer/Hartmut Seifert (Hrsg.)

Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI

Arbeitsmarkt · Arbeitsrecht · Betriebsräte ·
Dienstleistungen · Europa · Familienpolitik ·
Geschlechter · Gewerkschaften · Grundeinkommen ·
Ideologiekritik · Innovationen · Mindestlohn ·
Personalpolitik · Qualifizierung · Qualität der Arbeit ·
Sozialpolitik · Steuern · Strukturpolitik ·
Tarifpolitik · Verteilung · Wohlfahrtsstaat

Claus Schäfer/Hartmut Seifert (Hrsg.)
Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI

Claus Schäfer/Hartmut Seifert (Hrsg.)
Kein bisschen leise: 60 Jahre WSI

VSA-Verlag Hamburg

Die Veröffentlichung erfolgt mit finanzieller Unterstützung
der Hans-Böckler-Stiftung.

www.wsi.de

www.boeckler.de

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2006, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druckerei- und Buchbindearbeiten: Interpress
ISBN 10: 3-89965-221-5
ISBN 13: 978-3-89965-221-5

Inhalt

Claus Schäfer/Hartmut Seifert Vorwort	9
---	---

Aufklärung und Wissenschaft

Detlef Hensche Wissenschaft, Politik, Ideologie	13
---	----

Arne Heise Arbeitnehmerorientierte Hochschulforschung nach dem Generationenwechsel	33
--	----

Wohlfahrtsstaat und Ökonomie im Wechselspiel

Eckhard Hein/Achim Truger Die deutsche Stagnation	41
Ein Lehrstück makroökonomischen Missmanagements	

Simone Leiber Wohin steuert die »Bismarck'sche« Sozialversicherung?	57
Aktuelle Gesundheitsreformen im Vergleich	

Ute Klammer Ohne Netz und doppelten Boden?	75
Demografischer Wandel – lebensbegleitende Sozialpolitik	

Silke Bothfeld Ein Ende, kein Anfang	91
Wie die Hartz-Reformen das Konzept der deutschen Sozialstaatsbürgerschaft verändern	

Ursula Engelen-Kefer Fehler und verpasste Chancen	105
Dreieinhalb Jahrzehnte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für die Gewerkschaften	

Zivilisierung und Regulierung der Arbeitswelt

Hartmut Seifert

**Die Bilanz der Arbeitsmarktflexibilisierung –
und der Beschäftigungserfolg?** 117

Heide Pfarr/Nadine Zeibig

**Pro und Contra Abfindungsrecht
bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen** 131

Martin Behrens

Der institutionalisierte Konflikt im Betrieb 147

Ulrich Zachert

Gewerkschaften auf der Intensivstation 167

Vom Gewerkschaftsstaat zu Staatsgewerkschaften?

Ulrike Wendeling-Schröder

Konkurrenz zwischen Gewerkschaften 175

Heribert Kohl

Das Europäische Sozialmodell nach der EU-Erweiterung 183

Arbeiten und Leben

Bruno Zwingmann

Neue Qualität der Büroarbeit – altes Humanisierungsziel? 201

Christina Klenner

**Vom Ernährermodell zum Zweiverdienermodell –
und wieder zurück?** 221

Ambitionen und Blindstellen
der neuen deutschen Familienpolitik

Brigitte Stolz-Willig

**»Modernisierung der Familienpolitik« –
Verdrängung der Kinderarmut** 235

Verteilung von Einkommen und Lebenschancen

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten Perspektiven einer gesamtwirtschaftlich orientierten Lohnpolitik	253
Gerhard Bäcker Im Namen der Lohnnebenkosten – ein Mythos für Sozialabbau	271
Gerhard Bosch Mindestlöhne und Beschäftigung – eine Konfliktbeziehung?	283
Claus Schäfer Bedingungsloses Grundeinkommen – Absurde Utopie oder reale Möglichkeit?	297
Hartmut Tofaute Gerechte, ergiebige und wettbewerbsfähige Steuern	313

Strukturen und andere Elementarteilchen

Astrid Ziegler Strukturpolitik zwischen Ausgleich und Wachstum?	325
Hans Gabriel Wertschöpfung ohne Wertschätzung?	335
Dienstleistungsansätze in der Strukturpolitik stärken	
Johann Welsch Innovationspolitik in wissensbasierten Ökonomien	347
Judith Aust/Claudia Heise Qualifizierungsverträge – eine Chance für ältere Beschäftigte?	367
Manfred H. Bobke-von Camen/Kristin Klein Betriebliche Personalstrategien – Beispiel Flughäfen Berlin	377
Andranik Tangian Ökonometrische Indikatoren	389
Navigationsinstrumente für Politik und Wirtschaft	

Anhang

Zeittafel: Stationen der WSI-Geschichte	396
Autorinnen und Autoren	397

Claus Schäfer/Hartmut Seifert

Vorwort

In diesem Buch zum 60. Jahrestag der WSI-Gründung melden sich neben den heutigen WissenschaftlerInnen im WSI auch viele ehemalige WSI-MitarbeiterInnen zu Wort, die noch aktiv im Berufsleben stehen. Aus der Perspektive ihrer aktuellen Arbeitszusammenhänge nehmen sie zu unterschiedlichen Themen in Wissenschaft und Politik Stellung, die Gegenwart und Zukunft bewegen (sollten).

Damit ist der Blick zurück keineswegs ausgeschlossen. Aber er fällt nicht auf die Geschichte des WSI selbst. Für eine angemessene Rückschau auf die Vergangenheit der eigenen Institution besitzen Andere mehr Distanz bzw. weniger Befangenheit. In diesem Band soll allein eine knappe Zeittafel über die wichtigsten »institutionellen« Entwicklungsstationen des WSI seine Geschichte skizzieren – und gleichzeitig seine »soziale« Herkunft aus klassischen politischen Bewegungen betonen, die bis heute ebenso akzeptiert wie verpflichtend ist.

Die in diesem Buch versammelten Beiträge, darunter auch die aus der politischen und betrieblichen Praxis, spiegeln nicht nur das breite Spektrum des Forschungs- und Beratungsengagements im WSI entsprechend seiner Aufgaben. Sie dokumentieren ebenso die inhaltliche Bandbreite, in der ehemalige WSI-ForscherInnen tätig sind. Eine thematische Einschränkung der WSI-Aufgaben ist zwar zuletzt durch den Übergang der WSI-Makroökonomie in das 2005 neu gegründete Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) eingetreten – aber faktisch kaum wirksam, weil das IMK als Schwesterinstitut ebenfalls in der Hans-Böckler-Stiftung agiert und mit dem WSI eng kooperiert. Übrigens zeigt der an dieser Stelle ausnahmsweise in die Vergangenheit gerichtete Blick, dass die »Konjunkturbeobachtung« auch nicht von Beginn an zu den Aufgaben des WSI zählte.

Die Buchbeiträge, vor allem die der internen WSI-AutorInnen, sollen neben ihren jeweils spezifischen Argumenten auch zum Ausdruck bringen, dass sich das Institut zu aktuellen Themen des wissenschaftlichen und politischen Diskurses weiter vernehmlich, kritisch und konstruktiv zugleich einmischen will. Dieses Grundverständnis unserer Arbeit wollen wir auch durch den Titel des Jubiläumsbands unterstreichen, der in Anlehnung an einen alten Schläger formuliert wurde.

Tatsächlich lautet die Schlagzeile im Original »60 Jahre und kein bisschen weise« und wird deshalb bei manchen Kritikern des WSI vermutlich Spott provozieren, der das Institut immer noch nicht in »modernen Zeiten« angekommen sieht. Dort will es aber ausdrücklich gar nicht sein, wenn diese Zeiten mit einem neoliberalen Zeitgeist und der reklamierten Ausschließlichkeit und Alternativlosigkeit seiner wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rezepte gleichgesetzt werden. Vielmehr wendet sich das WSI gerade gegen diese Position, weil sich mit überzeugenden Argumenten und Fakten aus Theorie und Empirie alternative, d.h. vor allem erfolgreiche, Wege zu einer nachhaltigeren Wirtschaft wie einer menschlicheren Gesellschaft und Arbeitswelt ableiten lassen. Um diese Alternativen zu ergründen und zu bewerben, wird das WSI seine Stimme bei Forschung und Beratung weiter erheben.

Einfach ist und wird das nicht. Und deswegen muss das WSI auch nach wie vor auf die nötige Unterstützung und Kooperation von außen setzen. Für die bisher geleistete, teilweise intensive und langjährige Zusammenarbeit sagen alle WSI-MitarbeiterInnen an dieser Stelle herzlichen Dank. Die Referenz gilt aber auch den in diesem Buch vertretenen AutorInnen, die so zum WSI-Jubiläum und mehr noch zur Fortsetzung der WSI-Geschichte beitragen.

Aufklärung und Wissenschaft

Detlef Hensche

Wissenschaft, Politik, Ideologie

Wer in die Jahre kommt, hat Grund zurückzuschauen. Das ist legitim, erst recht, wenn man sich der Vergangenheit nicht zu schämen braucht. Das WSI ist seinem Auftrag treu geblieben, hat Gutes geleistet; die Fachwelt honoriert's und zollt Respekt; die Gewerkschaften haben Anlass, ein bisschen stolz zu sein. Kurzum, das Institut hat die Erwartungen seiner Gründer eingelöst.

Und die sind durchaus anspruchsvoll. Die Satzung verlangt nicht nur die Erstellung von Gutachten, die Herausgabe von Publikationen, sondern auch eigene Forschungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Zukunftsforschung und des Umweltschutzes. Dies soll in »eigener wissenschaftlicher Verantwortung« geschehen. Das Institut »ist im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeiten an Weisungen nicht gebunden«, sicherte bereits die Satzung des Jahres 1954 nach Umgründung der zunächst noch »Wirtschaftswissenschaftliches Institut« (WWI) genannten Einrichtung in eine gemeinnützige GmbH zu. Noch vollmundiger war der WSI-Vorläuferin, der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), der SPD und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1926 gegründeten Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, auf den Weg gegeben worden, »vollkommen unabhängig der wissenschaftlichen Erforschung des Wirtschaftslebens« zu dienen (vgl. Borsdorf 1986: 265).

Wahrlich große Worte für Einrichtungen, die doch aus der Sicht der Gründer keinen Selbstzweck haben; natürlich sollten und sollen einst die gemeinsame Forschungsstelle und heute das WSI die Gewerkschaften unterstützen oder, mit den Worten Hans Böcklers, der »gewerkschaftspolitischen Arbeit einen festen wissenschaftlichen Unterbau ... geben«.¹ Ganz in diesem Sinne definierte das Kuratorium des WWI 1950 und 1951 den »Zweck des Instituts als eines Organs des deutschen Gewerkschaftsbundes« u.a. dahingehend, »die Arbeiten des deutschen Gewerkschaftsbundes auf der Grundlage der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse durch entsprechende Untersuchungen

¹ Geleitwort zum ersten Tätigkeitsbericht des WWI 1946-1949, hrsg. v. DGB-Bundesvorstand, 1949.

und Veröffentlichungen (zu) unterstützen« (zit. nach Markmann u.a. 1986: 120, 122).

Wissenschaftliche Weisungsfreiheit und gewerkschaftlicher Unterstützungsauftrag – geht das zusammen? Nicht umsonst ist mitunter von einem Spannungsfeld, ja, von Konflikten die Rede (vgl. ebd.: 120). Nachfragen sind folglich erlaubt. Nicht nur dass dem WSI von denen, die den Gewerkschaften nicht wohlgesonnen sind, immer wieder die wissenschaftliche Satisfaktionsfähigkeit streitig gemacht wurde; Helmut Schelsky sprach gar von der »ideologischen Funktionszentrale schlechthin« (Schelsky 1982: 213ff.).

Auch der neuerdings in Mode gekommene Begriff des Think-Tank verrät ein instrumentelles Verständnis von Wissenschaft: Man hält sich einen abrufbaren Vorrat an Intellektualität und Beratungskompetenz. Die Frage drängt sich daher auf: Wie steht es um das Verhältnis von wissenschaftlicher Autonomie und gewerkschaftlichem Auftrag?

Freiheit der Wissenschaft: Zwischen Verfassungsauftrag und professioneller Selbstüberschätzung

Das Bekenntnis zur wissenschaftlichen Eigenverantwortung verweist auf die allgemeine Wissenschaftsfreiheit und macht sie sich zu eigen. Der selbst gesetzte Anspruch auf wissenschaftliche Unabhängigkeit soll dem Institut ersichtlich Freiraum und damit die Legitimation verschaffen, als ernstgenommener Partner am wissenschaftlichen Diskurs teilzunehmen und entsprechende Anerkennung zu finden. Das aber schließt umgekehrt die Selbstverpflichtung ein, sich am Kanon der wissenschaftlichen Gemeinde messen zu lassen.

Hier, auf der Suche nach den Bedingungen wissenschaftlicher Autonomie, stoßen wir auf ein widersprüchliches Bild. Das berufliche Selbstverständnis hebt die bekannten Elemente professioneller Unbestechlichkeit hervor, wie die Freiheit von Eingriffen und fremdgesteuerten Erwartungen, von Dogmen und Konventionen und die Verpflichtung auf die Eigengesetzlichkeit der wissenschaftlichen Disziplin. Im Hintergrund steht immer noch das Bild des öffentlich besoldeten deutschen Professors; nicht zufällig erfreut er sich auch heute noch eines beachtlichen gesellschaftlichen Prestiges. Von dieser Warte aus verfällt denn auch gewerkschaftlich orientierte Forschung allzu leicht der naserümpfenden Abwertung als ideologische Büchsenpannerie.

Wie tief sich jenes Bild wissenschaftlicher Autonomie ins öffentliche Bewusstsein eingegraben hat, kann man dem schmückenden Attribut des »unabhängigen« Sachverständigen entnehmen, das nie fehlt, wenn die herrschende Meinung oder die Politik wissenschaftliche Kronzeugen präsentieren; ein Gütesiegel, das zudem, unreflektiert verliehen, unter der Hand die Norm zur Wirklichkeit erhebt. Der unverstellte Blick auf den wissenschaftlichen Alltag zeigt uns dagegen ein anderes, ein durchaus irdisches Bild. Zum Beispiel: Die Forschung an staatlichen Hochschulen und öffentlichen Instituten ist im Begriff, im Sog der Privatisierung ihre Selbstbestimmung zu verlieren. Die Förderung der Auftragsforschung ist politisches Programm. Doch das Ethos sagt, die Wissenschaft sei unabhängig!

Speziell die Wirtschaftswissenschaft hat sich einer – neoliberal genannten – Dogmatisierung unterworfen, die andere Sichtweisen kaum noch zulässt. Wirtschaftswissenschaften und beachtliche Teile der Sozialwissenschaften zeigen sich resistent gegen die Versuchungen der Empirie. Doch das Ethos sagt, die Wissenschaft sei unabhängig!

Medien und Politik tun ein Übriges, die Wissenschaft für ihre kurzatmigen Inszenierungen, neuerdings »Jahrhundert-Reformen« genannt, zu vereinnahmen. Medien delegieren Recherche, Analyse und Gedächtnis auf externe Sachverständige; Politik bedient sich in inflationärer Weise so genannter Expertenkommissionen, deren abgerufene Ergebnisse unter Umgehung politischer Auseinandersetzungen vom Parlament in Hochgeschwindigkeits-Gesetzgebung eins zu eins umgesetzt werden; unerwünschte Ergebnisse verschwinden in der Schublade. Die Wissenschaftler spielen mit. Doch das Ethos sagt, die Wissenschaft sei unabhängig!

Im medialen Getriebe verschlägt es nichts, wenn sich Historiker zu Fragen der Sozialversicherung, Juristen zur demografischen Entwicklung, Ökonomen zur Psychologie der Arbeitslosen, Sozialwissenschaftler zur Globalisierung und Politologen zu allen Rätseln der Welt äußern. Auch nimmt niemand Anstoß, wenn sich – zumeist zufällig – herausstellt, dass die Arbeit des omnipräsenten Experten der These vom Ruin der gesetzlichen Sozialversicherung von der privaten Versicherungswirtschaft finanziert wird und wenn der Sachverständige für Volkswirtschaft und Standortfragen im Sold der deutschen Banken steht.² Doch das Ethos sagt, die Wissenschaft sei unabhängig!

² Es ist das Verdienst von Albrecht Müller, jüngst einige besonders unappetitliche Fälle wissenschaftlicher Korruption offen gelegt zu haben (vgl. Müller 2006: 263ff., insb. 289f., 308ff. u. passim).

Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, wechselte fast nahtlos ins Präsidentenamt der Leibniz-Gemeinschaft, einer der vier großen Wissenschaftsvereinigungen; man stelle sich vor, der DGB-Vorsitzende würde Präsident der Max-Planck-Gesellschaft! Die Leibniz-Gemeinschaft hat u.a. die Arbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Institute zu evaluieren und liefert damit die Grundlagen für deren öffentliche Finanzierung; wen wundert's, dass das IFO-Institut unter der Leitung von Hans-Werner Sinn, dem Mann fürs Grobe, nach dem Entzug der Bundesmittel jüngst wieder ein positives Testat erhalten hat? Doch das Ethos sagt, die Wissenschaft sei unabhängig!

Freiheit für und gegen wen?

Es lohnt sich daher, die Konstruktionsprinzipien wissenschaftlicher Autonomie näher zu beleuchten.

Das rechtliche Unterpfand liegt in der Verfassung; Art. 5 GG gewährleistet die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Das Grundrecht ist in seinem Ursprung staatsgerichtet; es verbietet obrigkeitliche Eingriffe in die wissenschaftliche Arbeit, etwa durch Bestimmung des Forschungsgegenstandes, der wissenschaftlichen Methode oder gar der Ergebnisse. Dies schließt gleichwohl einen gesetzlichen Rahmen und Grenzsetzungen nicht aus, wenn sich etwa Konflikte mit anderen Grundrechten ergeben; die Auseinandersetzungen über die Stammzellenforschung unter Verwertung embryonaler Zellen ist ein Beispiel. Dass die Abwehr staatlicher Übergriffe nicht obsolet ist, zeigt sich nicht nur beim Blick auf faschistische und realsozialistische Repressionen, die ja wahrlich nicht weit zurück liegen. Auch heute, da sich hier und da religiöser Fundamentalismus des Staates bemächtigt, droht eine ähnliche Einschnürung; selbst die USA, das Mutterland von Demokratie und Freiheit, sind nicht davor gefeit, wie der Umgang einzelner Bundesstaaten mit der Evolutionslehre zeigt.

Doch erschöpft sich die grundrechtlich verbürgte Wissenschaftsfreiheit nicht in der Abwehr staatlicher Gängelung. Der Staat ist zugleich gehalten, Bedingungen zu schaffen, die der wissenschaftlichen Arbeit den notwendigen Freiraum garantieren. Denn Gefahr droht auch von sozialen Mächten jenseits und unterhalb staatlicher Autorität. Die Kirchen blicken diesbezüglich auf eine lange illiberale Geschichte zurück.

Die akademische Lehre etwa an die Kirchen zurückzudelegieren, wäre dem Staat verwehrt. Wer solches hierzulande für ein abseitiges Beispiel hält, sei daran erinnert, dass bestehende Konkordate die Erteilung der Lehrbefugnis an theologischen, in Bayern gar an erziehungswissenschaftlichen Fakultäten an die Zustimmung kirchlicher Instanzen binden; vollends fragwürdig ist der – vertraglich gegebene – Anspruch der Kirchen, den ungehorsamen Hochschullehrer vom anvertrauten Lehrstuhl abuberufen! Ein anderes Beispiel bieten Stiftungsprofessuren, in Zeiten unterfinanzierter Hochschulen ein willkommener, wenngleich problematischer Ausgleich. Immerhin wird im Namen der Wissenschaftsfreiheit aus gutem Grund ein Mindestmaß an Selbstverwaltung eingefordert. Die Autonomie der Hochschule gehört zu den Bedingungen, die der Staat zur Ermöglichung freier Forschung und Lehre bereitzustellen hat. Geht es dann jedoch an, dass die Hochschule sich des Rechts begibt, autonom über die Berufung auf einen Lehrstuhl und über dessen fachliche Ausrichtung zu entscheiden? Hier werden die Stimmen, die sonst weithin hörbar für akademische Selbstverwaltung eintreten, oft bemerkenswert leise.

Mehr noch als Konkordats- und Stiftungsprofessuren ist die Drittmittel-Forschung zu einem Einfallstor wissenschaftsfremden Einflusses geworden. Wenn Unternehmen und wirtschaftsnahe Stiftungen in die Forschung an Hochschulen oder öffentlichen Forschungsinstituten investieren, verfolgen sie eigene Interessen und betreiben nicht etwa selbstlose Förderung. Nun geht die Verfassung nicht so weit und verbietet es dem einzelnen Wissenschaftler, Drittmittel anzunehmen. Doch verfassungsrechtlich problematisch wird die Fremdfinanzierung, wenn der Staat selbst durch System-Entscheidungen öffentliche Forschungseinrichtungen in fremde Abhängigkeit drängt.

Solches zeichnet sich derzeit ab: Nicht nur, dass die – politisch gesetzte – Auszehrung der öffentlichen Haushalte auch die Hochschulfinanzierung in Mitleidenschaft zieht, mit der Folge, dass die Hochschulen je länger, je mehr auf Drittmittel-Einwerbung angewiesen sind; nicht nur, dass dies Zeit und Energie bindet – ein nicht immer produktiver Ressourcen-Einsatz. Wichtiger noch, der Staat prämiert die erfolgreiche Drittmittel-Einwerbung: unmittelbar durch einen entsprechenden Bonus bei der Vergabe öffentlicher Mittel, die nach einem Koalitionsbeschluss vom 20. Juni 2006 als »Forschungsprämie« die eingeworbenen Fremdmittel um ein Viertel aufstocken soll, um die »Forschung in Universitäten und Instituten besser mit den Unternehmen zu verbind-

den«;³ mittelbar durch die immanente Bevorzugung der besser situierten Hochschulen im Rahmen der staatlich in Gang gesetzten Konkurrenz, etwa des Exzellenz-Wettbewerbs; zwangsläufig machen die das Rennen, die ohnehin schon über die besseren Ausgangsbedingungen, vor allem über die bessere Ausstattung verfügen – mit der ebenfalls unvermeidlichen Folge, dass die Schwachen weiter abgehängt werden.⁴

Ob solche staatlich verantworteten Systemscheidungen nicht die notwendigen Grundlagen einer freien Wissenschaft und Forschung angreifen, wäre verfassungsrechtlicher Prüfung wert. Immerhin setzt diese Entwicklung eine Spirale in Gang, die die benachteiligten Hochschulen, Institute und Wissenschaftler in ihrer Forschungskapazität kontinuierlich zurückfallen lässt und deren Arbeit ungebührlich einengt. Bestimmen überdies ökonomische Interessen, am Ende gar unter der Erwartung kurzfristiger Verwertung, die forschungsrelevante Fragestellung, bleibt für andere Themen wenig Raum; Aufmerksamkeit, Energie, Karrierechancen konzentrieren sich auf die Sektoren, die sich komfortabler Bedingungen erfreuen. An den Rand gedrängte Themen sind selten attraktiv; die Geisteswissenschaften leiden schon heute darunter. Leidtragende sind zugleich die Studierenden, die einem Zweiklassensystem von Hochschulen ausgeliefert werden. So wird das Fundament für eine gesellschaftliche Polarisierung gelegt, neuerdings als Elitebildung politisches Programm; vergessen ist das Recht auf freie und gleiche Teilhabe an einem öffentlichen Gut.

Hier trifft sich die Kritik mit der sozialstaatlichen Interpretation der Grundrechte, nach der sich Demokratie und Grundfreiheiten nicht in formalen Organisationsprinzipien und in der Abgrenzung einer autonom gedachten Gesellschaft gegen den Staat erschöpfen; vielmehr enthält das Sozialstaatspostulat den Auftrag, die sozialen Grundlagen zu schaffen, damit Grundrechte und -freiheiten sich überhaupt real entfalten können. Eine politische Privilegierung der fremdfinanzierten Forschung bei gleichzeitiger Auszehrung öffentlich finanzierter, autonomer Forschung überantwortet dagegen ein öffentliches Gut den Rendite- und Marktstrategien wissenschaftsfremder Kräfte.

³ So die Begründung der Bundesforschungsministerin Schavan bei Erläuterung der Koalitionsvorlage, FAZ v. 24.6.2006, sowie Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 20.6.2006, 111/2006.

⁴ Dies alles wird seit langen Jahren von der Bertelsmann Stiftung mit bewundernswerter Effizienz vorbereitet und begleitet. Ein Narr, der in diesem Wissenschafts-Darwinismus Rationalität sucht!

Wissenschaftlicher Zweifel und Kritik

Die vorstehenden Überlegungen beschränkten sich auf die rechtliche Einbettung, also die strukturellen Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Autonomie. Wichtiger sind die inhaltlichen, fachlichen wie methodischen Anforderungen.

Spätestens seit Descartes, wenn nicht seit Augustin, wissen wir um die Bedeutung des methodischen Zweifels als *Movens* der Wissenschaft. Nichts darf als gesichert gelten. Alles kann, ja muss in Frage gestellt werden können. Und: das eigene Verfahren der Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit ist offenzulegen.

Das richtet sich insbesondere gegen herrschende Meinungen und Dogmen, das sind nicht zufällig Lehren, die zugleich staatliche, kirchliche oder gesellschaftliche Macht legitimieren. Kritik ist unbequem und provoziert Abwehrreaktionen nicht nur der um ihre Legitimation bangenden Macht. Vielmehr wird regelmäßig auch die Mehrheit der Wissenschaftsgemeinde auf den Plan gerufen, die sich in ihrem Konsens gestört fühlt. Die großen historischen Beispiele und Vorbilder kritischer Wissenschaft sind bekannt. Sie bestätigen im Übrigen das demokratische Fundament der Wissenschaftsfreiheit. Wissenschaft ist, wenn sie ihrem Auftrag treu bleibt, demokratisch, mitunter subversiv.

Das unterscheidet kritische Wissenschaft von Legitimationslehre. Wer misst den argumentativen Aufwand, wer zählt die Ketten theoretischer Ableitungen, wer überschaut die unzähligen, über die Jahrhunderte unternommenen Versuche, gesellschaftliche, religiöse und politische Grundannahmen gedanklich zu unterfüttern, um kirchliche, staatliche und soziale Herrschaft zu rechtfertigen und das Einverständnis der Unterworfenen herzustellen? Lange Zeit erfüllte die Theologie diese Aufgabe. Später, als die kirchliche Autorität verblasste, sprang die Jurisprudenz in die Bresche; das Arbeitsrecht bietet immer noch handfeste Beispiele. Heute haben die Wirtschaftswissenschaften die Kanzel besetzt. Die dominierende marktradikale Orthodoxie erweist sich als trefflich geeignete Bewahrerin der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse. Die Entfesselung der Marktkräfte durch Deregulierung – wie Abbau von Kündigungsschutz, Förderung prekärer Beschäftigung, Auflösung des Tarifvertrages etc. – stärkt die Position des Arbeitgebers, indem sie ihn von rechtlichen Bindungen freistellt. Grenzüberschreitendes Lohndumping und der Druck auf Arbeitslose, jede Arbeit anzunehmen, schwächt die Gewerkschaften, erschwert kollektive Ge-

genwehr und stärkt den Arbeitgeber. Das Leitbild vom schlanken Staat entlastet Unternehmen und hohe Einkommen von Steuern und öffnet zugleich die Tore für die Privatisierung, also die renditekräftige Anlage privaten Kapitals. Eng und willkürlich gezogene Grenzen der öffentlichen Verschuldung und die Verpflichtung des europäischen Zentralbankensystems auf Geldwertstabilität dienen vornehmlich den Besitzern und Verwaltern großer Geldvermögen.

Genug der Beispiele. Allgemein läuft eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik darauf hinaus, die Faktoren unternehmerischen Handelns zu verbilligen und von hemmender Rücksichtnahme auf andere Interessen zu befreien. Das aber ist die – noch dazu kurzatmige und zukunftsblinde – Sicht des Unternehmers und Arbeitgebers, dessen Rolle im Verhältnis zur sozialen, rechtlichen und natürlichen Umwelt absolut gesetzt wird.

Nicht dass wir damit eine willfährige Vollstreckung unternehmerischer Interessen behaupten wollen. Die Unterstellung wissenschaftlicher Handlangerdienste oder Drahtziehertheorien ist Unfug. Immerhin ist das neoliberale Gedankengebäude in sich schlüssig – solange man es vor Berührung mit der Realität schützt. Was sich die marktliberale Interpretation der Wirtschaft jedoch vorhalten lassen muss, sind die Weigerung, das eigene Verfahren zur Vermessung der Wirklichkeit zu hinterfragen, und die Blindheit gegenüber den Folgen für andere wie für die Zukunft der Wirtschaft selbst. Die alte, ursprünglich auch liberale Einsicht, dass der Markt unfähig ist, von sich heraus sozialen Ausgleich, die Bewahrung der Umwelt, die Entwicklung einer gemeinsamen Infrastruktur und die Erfordernisse nachhaltigen Wirtschaftens sicherzustellen, scheint vergessen. Spätestens seit sich inzwischen über den Zeitraum einer ganzen Generation Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit ausgebreitet haben, wundert es, dass die herrschende Meinung noch nicht einmal die Frage stellt, ob ihre Grundannahmen stimmen.

Testfall Empirie

Damit sind wir beim anderen Vorwurf: der Resistenz, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Es mag ja sein, dass die Gegenmeinung; das Plädoyer für eine nachfragegesteuerte Wirtschaftspolitik, in Zeiten offener Grenzen ihre Schwächen hat. Doch die Abschottung der herrschen-

den Meinung gegenüber den jährlich aufs neue präsentierten Fehlschlägen ihrer eigenen Empfehlungen ist einzigartig! Wissenschaftliche Erkenntnisprozesse bedürfen der kontinuierlichen Konfrontation mit der Wirklichkeit; das schließt die Bereitschaft, ja die Neugier ein, die Fakten sprechen zu lassen. Nun sind die Fakten seit Jahren zu besichtigen, gleichsam in Gestalt eines volkswirtschaftlichen Großlabors. Nicht eine der wissenschaftlich begründeten Verheißungen ist aufgegangen; im Gegenteil, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation, Wohlstandsverluste, krisenhafte Entwicklung der von der Binnennachfrage abhängigen Wirtschaftszweige haben zugenommen. Wem der Blick aufs nationale Experimentierfeld nicht genügt, mag über die Grenzen schauen. Wie kommt es, dass Länder, deren Regierungen andere wirtschaftspolitische Akzente setzen, besser abschneiden? Wie ist es möglich, dass Staaten mit deutlich höherer Staatsquote nicht nur über eine bessere öffentliche Infrastruktur und damit eine höhere Zukunftsfähigkeit verfügen, sondern auch eine bessere Beschäftigungsbilanz vorweisen, ohne ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel gesetzt zu haben? Fragen über Fragen, die von der Minderheit der nicht im Mainstream liegenden Wirtschaftswissenschaftler wiederholt gestellt wurden, freilich ohne durchschlagende Resonanz und ohne dass die herrschende Meinung bisher bereit wäre, die eigenen Hypothesen zu überprüfen.

Wer die Wirklichkeit derart ausblendet, muss sich beinahe zwangsläufig durch Dogmatisierung gegen Kritik abzuschirmen versuchen. Genau dies erleben wir derzeit nach allen Regeln der Zunft: in der Nachwuchspflege und universitären Berufungspolitik, in der Publizistik und der Politikberatung dominiert neoliberale Orthodoxie. Wer gegen den Strom schwimmt, hat kaum eine Chance, sich Gehör zu verschaffen, geschweige denn, in Politik und Medien den herrschenden Konformitätsdruck aufzubrechen. Mitunter treibt dies skurrile Blüten. In der Auseinandersetzung mit sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit – von der Verfassung geboten und, sehr zum Leidwesen neoklassischer Wirtschaftspolitik, immer noch von der Bevölkerungsmehrheit positiv besetzt – müssen gar Evolutionslehre und Paläoanthropologie herhalten, um Freiheit gegen Gleichheit auszuspielen. Jüngst beschwor Frau Nolle-Neumann als Festrednerin auf den Hayek-Tagen die These des Patrons und »Kirchenvaters«, dass freie Gesellschaften »glücklicher und erfolgreicher« seien und sich »im Verlauf der kulturellen Evolution als die überlegenen erwiesen« hätten. Der Ökonom P. Schwartz von der Universität San Pablo in Madrid setzte eins drauf und identifizierte

Phänomene wie »Sozialneid«, Furcht vor Wettbewerb und Ablehnung der Globalisierung allesamt als »atavistische Rückfälle der egoistischen genetischen Disposition des Menschen hinter die Errungenschaften der kulturellen Evolution« (FAZ 26.6.2006). Merke: Kapitalismuskritik und sozialer Ausgleich sind Relikte aus Zeiten der »Jäger und Sammler«.

Kritische Reflexivität

Das Stichwort vom Sozialneid lädt zu einer weiteren Betrachtung ein.

Keine Wissenschaft ist frei von außerwissenschaftlichen Voreinstellungen, Prägungen etc. Voraussetzungslose Erkenntnisprozesse gibt es nicht. Schon die Auswahl des Gegenstandes, die Bestimmung der relevanten Fragestellung sind zumindest auch von vorwissenschaftlichen Interessen und Wertungen geprägt. Vielfach ist das erkenntnisleitende Interesse ökonomischer Natur. Anwendungsorientierte Forschung, ein großer Teil der Naturwissenschaften, auch der Medizin verdanken ihre Impulse häufig wirtschaftlichen Interessen. Das muss nicht sündhaft sein. Es sollte nur in einer demokratischen Gesellschaft offengelegt werden. Und es gehört zur wissenschaftlichen Redlichkeit, sich der jeweiligen außerwissenschaftlichen Interessen bewusst zu sein.

Im Falle der Auftragsforschung ist dies nicht schwer; das Interesse liegt zumeist offen zu Tage. Ungleich schwieriger ist Transparenz herzustellen, soweit persönliche Wertungen und soziale Prägungen die wissenschaftliche Arbeit bestimmen. Und dies ist regelmäßig der Fall. Wissenschaftler sind Teil der Gesellschaft. Sie gehören einer sozialen Schicht an, sind dadurch in Habitus, Weltsicht und Wertung geprägt. Beinahe zwangsläufig bestimmen diese Prägungen auch die wissenschaftliche Arbeit, von der relevanten Fragestellung bis zur Interpretation der sozialen Wirklichkeit. Wenn daher von wissenschaftlicher Unabhängigkeit die Rede ist, geht es darum, diese Unabhängigkeit täglich auf's neue durch kritische Reflexion der subjektiven und sozialen Voraussetzungen der eigenen Arbeit herzustellen. Seit Bourdieu sollte über Notwendigkeit und Rüstzeug dieser Selbstvergewisserung kein Zweifel bestehen.

Doch die Praxis der herrschenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist eine andere. Um dies am Beispiel der »Reform« der Arbeitslosenunterstützung deutlich zu machen: Bisher hatte auch dieser Zweig der Sozialversicherung den Rechtsanspruch auf eine Unterstüt-

zung begründet, die sich am erarbeiteten Lebensstandard orientiert. Seit den so genannten Hartz-Reformen wird dieses Prinzip – nach Ablauf der verkürzten ALG I-Bezugsdauer – durch ein System der Armenfürsorge zugunsten der »wirklich Bedürftigen« abgelöst. Der Paradigmenwechsel soll im Zeichen der Eigenverantwortung für weitere Schritte des sozialstaatlichen Umbaus Pate stehen; die Mahnungen des Bundespräsidenten sind jedem im Ohr.

Zur Eigenverantwortung muss erzogen werden; auch dies wissen wir aus der Geschichte der Armenfürsorge. Folglich zeigt sich der Staat im Verhältnis zu den wirklich Bedürftigen in seiner ganzen Härte rigider Bedürftigkeitskontrollen, des vorrangigen Verzehrs von Ersparnissen, der Zumutbarkeit jedweder Arbeit, ohne Rücksicht auf Beruf, früheres Einkommen und Tarif; andernfalls droht Leistungskürzung. Der so vollzogene Ausbau des kontrollierenden und disziplinierenden Staates straft nicht nur die täglichen Freiheitsverheißungen und die Bekenntnisse zum schlanken Staat Lügen. Er steht auch in diametralem Gegensatz zum liberalen Umgang mit den oberen 20% der Gesellschaft. Sollen Unternehmer und Bezieher hoher Einkommen, also die »Leistungsträger«, zu einem erwünschten Verhalten in Geschäft und Kapitalanlage, in Familie, Haushalt oder Ehebett stimuliert werden, winken Belohnung, Entlastung und Prämien. Unten dagegen drohen Entzug, Druck und Sanktionen. Oben wird Freiheit vermehrt, unten wird sie beschränkt. Man stelle sich einmal vor, der Gesetzgeber würde die Unternehmer verpflichten, jährlich mindestens 60% der Erträge zu investieren – bei Strafe ansonsten einsetzender konfiskatorischer Abgaben. »Polizei- und Zwangsstaat« wären wohl noch die mildesten Vorwürfe; und dabei ginge es noch nicht einmal um höchstpersönliches Verhalten, sondern um den Einsatz erwirtschafteter Mittel. Die Verwirklichung derart gegensätzlicher Paradigmen staatlichen Handelns im Verhältnis zu seinen Bürgern – hier Liberalität, dort Repression – bei im Übrigen vergleichbaren Tatbeständen zeichnet den Klassenstaat aus.

Nun wurde Hartz IV nicht erst durch die Agenda 2010 grundgelegt. Die Reform hat viele Paten, nicht zuletzt aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, darunter mehr oder minder erlauchte Namen von Arnulf Baring, Anthony Giddens bis Meinhard Miegel.⁵ Auch die Lehre vom Ende der Erwerbsarbeit hat – zumeist ungewollt –

⁵ Von eher unfreiwilliger Komik war der von prominenten Unterzeichnern gestützte Aufruf »Auch wir sind das Volk«, Süddeutsche Zeitung 2.10.2004.

Hebammen-Dienste geleistet. Nicht zufällig haben Sachverständigenrat, Beiräte, wirtschaftswissenschaftliche Institute Beifall gespendet und treiben unvermindert zu weiteren Schritten der Umsetzung an. Die Einstimmung auf den aktivierenden Staat besorgen die seit einiger Zeit verbreiteten Klagen über den Sittenverfall, zu dem der Sozialstaat verführe, wie »Anspruchs- und Besitzstandsdenken«, »Selbstbedienungs«- bzw. »Vollkasko-Mentalität«, »soziale Hängematte«, »Egoismus«, »Abzockerei« und ähnliche Versatzstücke; sämtlich Umschreibungen bequemen Zurücklehns und hedonistischer Lebensauffassung, wahrgenommen aus der Perspektive harter Herrenmoral.

Kann man solche Larmoyanz noch als beliebten, doch irgendwann verstummenden Grundton wöchentlicher Talkshows abtun, wird man die wissenschaftlich begründeten Vorlagen ernst nehmen müssen. Mit dem Anspruch sozialwissenschaftlicher Seriosität werden Arbeitslosen Antriebschwäche und Initiativlosigkeit attestiert. Dies sei vor allem Ergebnis eines staatlichen Wohlfahrtssystems, das dazu einlade, ein Leben des passiven Leistungsbezugs den Anstrengungen von Jobsuche und Erwerbsarbeit vorzuziehen; Sozialtransfer erziehe zur Passivität, erst recht, wenn sich aufgrund der komfortablen Ausstattung die Mühe der Arbeit nicht rechne. Damit wird ein Menschenbild erneuert, das bereits der calvinistischen Armenpolitik zugrunde gelegen hatte. Es ist der typische Blick der Oberschicht auf's Volk, den Pöbel. Die Angehörigen der unteren Stände sind faul und bequem, genussüchtig, ja zügellos und dumpfen Trieben hingegeben, zu Fleiß, Sparfreude, Aufstiegs willen und Strebsamkeit von Natur aus nicht befähigt; die Antwort puritanischer Selbstgerechtigkeit lautete, sie entweder in Zuchtanstalten zu den vermissten Arbeitstugenden zu erziehen oder aber sie ihrem gottgewollten Schicksal zu überlassen.

Dasselbe undifferenzierte Menschenbild begegnet uns in der neoliberalen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussion wieder. Ein Bild – fernab von der Realität. Man muss noch nicht einmal umfangreiche empirische Studien zur Hand nehmen (vgl. zuletzt Schultheiß/Schulz 2005), um zu wissen: wer arbeitslos ist, sucht Arbeit, fast um jeden Preis, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit; Erwerbsarbeit ist nach wie vor *die* Brücke zur Gesellschaft, zu sozialen Kontakten, zur Selbstbestätigung und zur weiteren Entwicklung; dies zählt mehr als die Höhe des Einkommens. Überdies haben Arbeitslose ihre je eigene Individualität, leben in unterschiedlichen sozialen Bezügen, pflegen Nachbarschaft und Freundschaften, entwickeln Solidari-

tät etc. Sie verfügen im Prinzip über die gleiche Energie, Ausbildung, Kompetenz, Fähigkeit und Bereitschaft, mit schwierigen Situationen fertig zu werden, kurz ihr Leben zu meistern, wie die Angehörigen der oberen Schichten (vgl. Vester in Schultheis/Schulz 2005 : 22ff., 24, 27f.).

Das Einzige, was sie von denen, die über sie schreiben und bestimmen, unterscheidet, ist das Schicksal, mit der Blindheit ökonomischer Prozesse aus der Arbeitsgesellschaft herausgeworfen zu sein. Ein Schicksal, das sie im Regelfall mit aller Energie zu wenden versuchen. Natürlich schließt dies auch die Fälle ein, dass – junge wie alte – Menschen an die Grenzen ihrer Kräfte stoßen, resignieren oder gar aus der Bahn gestoßen werden.

Das neoliberale Bild der konturenlosen, der Passivität ergebenden Masse der Arbeitslosen ist nicht nur empirisch wiederlegt. Es ist die Reproduktion schichtspezifischer Vorurteile des bildungsbürgerlichen Milieus. Die unteren »Volksmassen« auf diese undifferenzierte Weise – wie eine fremde Welt – wahrzunehmen, entspricht durchaus dem Alltagsbewusstsein der oberen 20%. Diese Sicht der Dinge bildet den Humus für das politische Feuilleton, in dem Sozialwissenschaftler, Theologen, Historiker – und neuerdings auch der SPD-Vorsitzende Kurt Beck im Tagesspiegel vom 9.10.2006 – über die vermeintlichen Ursachen der ökonomischen Krise und deren Behebung räsonieren. Vorurteilsbeladene Expertisen solcherart vorzulegen, verstößt in eklatanter Weise gegen Mindestbedingungen an kritischer Reflexivität. Das Ergebnis kann man getrost als wissenschaftliche Falschmünzerei bezeichnen.

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt: Ein ähnliches Zerrbild der sozialen Wirklichkeit steckt hinter dem – gleichfalls wissenschaftlich untermauerten – Programm eines bedingungslosen Mindesteinkommens. Zwar bedeutet Bedingungslosigkeit den Verzicht auf staatliche Repression. Doch die den Arbeitslosen zuerkannte Rolle freier Selbstverwirklichung beruht zum einen auf der nicht hinterfragten Unterstellung, der Gesellschaft gehe die Arbeit aus; selbst wenn dies so wäre, könnte und müsste sie umverteilt werden. Zum anderen missachtet sie die realen Bedürfnisse der Betroffenen, nämlich ihren Anspruch, am gesellschaftlichen Prozess der (Erwerbs-)Arbeit teilzunehmen. Oder wollen Wissenschaftler, Politiker und Unternehmer,⁶ selbst im Übermaß in die Erwerbsarbeit integriert, mehreren Millionen Menschen ein

⁶ Der Chef der Drogeriemarkt-Kette »dm«, Werner, engagiert sich seit einiger Zeit für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Programm der zwangsweisen Umerziehung verordnen? Die Realitätsblindheit erinnert, mit Verlaub, an die Spiele, mit denen die französische Aristokratie des 18. Jahrhunderts das reale Elend der Landbevölkerung zur bukolischen Idylle unbeschwerten Hirtenlebens verklärte.

Erweckungs- und Kampfwissenschaft

Der alltägliche Alarmismus

Ein anderes Beispiel bietet die wissenschaftliche Beteiligung an unterschiedlichen Bedrohungsszenarien. Die Wirtschaftswissenschaften blicken hier auf eine unguete Tradition zurück. Wann immer Wissenschaftler im Verteilungskampf – in der Tarif- wie in der Steuerpolitik – Partei für die Arbeitgeber ergriffen haben, wurden Legenden über den vermeintlich gefährdeten Standort entwickelt und wissenschaftlich fundiert. Mal war und ist es der Technologievorsprung der USA, Japans oder Indiens; mal und immer wieder sind es die bescheidenen und fleißigen japanischen, südostasiatischen, osteuropäischen, irischen und gegenwärtig chinesischen Werk tätigen. Nur fragt sich der Leser von Mal zu Mal verdutzt, woher die jährlichen Rekordüberschüsse der Außenhandelsbilanz kommen.

Auf sozialwissenschaftlichem Feld werden wir neuerdings mit der vermeintlich bedrohlichen demografischen Entwicklung in Angst und Schrecken versetzt, jüngst um die Variante der Geburtenarmut der deutschen Frauen im Allgemeinen und der Akademikerinnen im Besonderen angereichert. Nicht nur, dass mit weit, über mehrere Jahrzehnte ausgreifenden statistischen Prognosen jongliert wird, ohne Rücksicht auf wissenschaftliche Seriosität. Verschwiegen wird auch, dass die weitaus dramatischere Entwicklung der Alterspyramide über das vergangene Jahrhundert mühelos von der Entwicklung der Produktivität überkompensiert worden ist und dass selbst bescheidenes Produktivitätswachstum ausreicht, den Anstieg der Lebenserwartung, eigentlich ein Geschenk, so zu finanzieren, dass ein Altern in Würde möglich ist.

Noch abenteuerlicher ist die Perversion des Nachhaltigkeitsbegriffs im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung und der daraus abgeleiteten Forderung nach Sparhaushalt, Ausgabenkürzung, Leistungsabbau und Privatisierung. Wenn etwas zulasten der nachkommenden Generationen geht, so die Auszehrung der öffentlichen Infrastruktur, nicht dagegen die Staatsverschuldung, der ja stets spiegelbildlich private und vererbliche Gläubigerpositionen gegenüberstehen; nein, die öffentlichen Schulden

begründen keinen neuen Konflikt zwischen den Generationen, sondern sind eine Facette des alten Konflikts zwischen Reich und Arm.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen, etwa um Überfremdungsszenarien, um den Krieg der Kulturen und Religionen etc. Gemeinsam ist solchem – wissenschaftlich unterfütterten – Alarmismus, dass nicht Aufklärung betrieben wird und auch nicht betrieben werden soll. Bedrohungsängste sollen vielmehr Gehorsam erzeugen. Katastrophenrhetorik vermittelt – gleich der Legende von der Alternativlosigkeit der herrschenden Politik – eben nicht diskursfähige Einsicht, sondern suggeriert Ausweglosigkeit, um auf diese Weise Akzeptanz zu bewirken, etwa mit verschlechterten Arbeitsbedingungen, Abschlägen bei den Renten oder gar dem Wechsel zur privaten Lebensversicherung, kurz: mit dem Umbau des Staates zum Spar- und Schrumpfstaat. Akzeptanz-Management dieser Art blickt auf eine lange Tradition zurück und kann sich großer Vorbilder rühmen. Die Kirchen haben über die Jahrhunderte durch Höllenfeuer und apokalyptische Schreckbilder Gehorsam erzeugt und Herrschaft gesichert.

Mitunter haben sich auch Gegenbewegungen der gleichen Methode bedient, wie manche Ketzer, Buß- und Erweckungsprediger. Ja, auch die Gewerkschaften pflegen nicht selten eine alarmierende Rhetorik, die gleichfalls darauf angelegt ist, Folgebereitschaft zu erzeugen und Autorität zu sichern, statt Einsicht zu vermitteln.

Auf solchen Wegen Fügsamkeit zu erzeugen, widerspricht wissenschaftlichem Selbstverständnis, das der Rationalität, der Argumentation, dem aufgeklärten Diskurs verpflichtet ist. Untergangs-Theologie, Flagellantentum oder linke Katastrophenrhetorik sind Agitation, schlechte noch dazu, und das Gegenteil von Wissenschaft. Alarmismus verdunkelt den Blick für die Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der Realität. Ein wissenschaftliches Institut hat sich dem zu widersetzen. Gerade weil auch in der Arbeiterbewegung der agitatorische Gaul bisweilen durchgeht – wie viel Untergang, Weltenende, Kladderadatsch wurde nicht schon prophezeit?⁷ – ist wissenschaftliche Beratung so wichtig, um auf dem Boden von Empirie und Rationalität zu bleiben. Das WSI ist dieser Rolle treu geblieben, ganz im Gegensatz zu den beliebten Schreckbildern etablierter Wirtschaftswissenschaft über Standort-Ruin, Basar-Ökonomie etc.

⁷ Was freilich das Gegenteil, die Verharmlosung oder Unterschätzung bevorstehender Katastrophen, nicht ausschließt und z.B. am Ende der Weimarer Demokratie verheerende Folgen hatte.

Wissenschaftliche Intervention

Zurück zur Ausgangsfrage. Wissenschaftliche Unabhängigkeit ist jenseits der notwendigen rechtlichen Abschirmung vor außerwissenschaftlicher Gängelung täglich aufs neue herzustellen: u.a. durch Infragestellung von vermeintlichen Gewissheiten, durch kontinuierliche Überprüfung an der Realität, durch kritische Reflexivität, die auch den eigenen sozialen Standort mit einbezieht, durch Aufklärung statt durch Bedrohungsagitation.

Misst man die Arbeit des WSI an dieser Elle methodischer und fachlicher Seriosität, blicken wir auf eine Erfolgsgeschichte zurück, auf die die Beschäftigten stolz sein können und die die Gewerkschaften ehrt. Doch letztlich steht das Urteil anderen zu. Eines freilich lässt sich festhalten: Wenn es um veritable Fehlleistungen in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung und Politikberatung geht, sehen wir wiederholt die Hüter des Status Quo straucheln. Zufall? Wohl nicht. Legitimationslehren sind in dem Maße anfällig für Dogmatisierung und Realitätsverleugnung, in dem die verteidigten Verhältnisse Risse und Widersprüche aufweisen (was bekanntlich nicht zu der Hoffnung auf ihre schnelle Ablösung berechtigt).

Gerade angesichts neoliberaler Orthodoxie tut Widerspruch not. Da ist eine Stimme wie die des WSI als Gegensicht unverzichtbar. Auch wer den Gewerkschaften nicht nahe steht, sollte für die andere Sicht der Dinge dankbar sein. Ja, gäbe es das Institut noch nicht, man müsste es gründen, heute vermutlich mit größerer Dringlichkeit als vor 60 Jahren!

Was aber macht nun umgekehrt den selbstgesetzten Anspruch der gewerkschaftlich orientierten Wissenschaft aus?

Er kann sich nicht darin erschöpfen, die Gewerkschaftsvorstände in ihrer Alltagsarbeit zu beraten und Auftragsarbeiten abzuliefern. Dazu haben die Gewerkschaften ihre eigenen Stäbe und Abteilungen. Dazu bedarf es keines zusätzlichen, rechtlich selbständigen Instituts, schon gar nicht unter der zugesicherten Weisungsfreiheit, die zudem bis zur Integration in die Hans-Böckler-Stiftung durch eine anspruchsvolle Selbstverwaltung gesichert war. Wenn rechtliche Selbständigkeit, Weisungsfreiheit und – ehemals – Selbstverwaltung einen Sinn machen, hat das WSI einen weiter gesteckten Auftrag. Der schließt ausdrücklich das Recht ein, Forschungsgegenstände autonom zu bestimmen; dies entspricht auch selbstverständlicher, jahrzehntelang geübter Praxis.

Damit stellt sich erst recht und zugespitzt die Frage nach Inhalt und Legitimation einer »gewerkschaftsorientierten Wissenschaft«. Es scheint

paradox: Wer zur Inhaltsbestimmung dieses Begriffs politische, moralische, syndikalistische, kurz: außerwissenschaftliche Maxime erwartet, geht fehl. Der Schritt zur – linken – Instrumentalisierung wissenschaftlicher Arbeit wäre nicht weit. Allgemein gehört es zu den Prinzipien und Erfolgsbedingungen wissenschaftlicher Intervention, dass sie sich wissenschaftlicher Mittel und Methoden bedient und ihre Autonomie wahrt. Der politische Aufruf, Resolutionen, Solidaritätserklärungen und Unterschriftenlisten sind sicher wichtig und mögen dem jeweiligen Anliegen dienen und die Bekenner schmücken, doch es bleiben Manifestationen politischen Engagements, auch wenn Wissenschaftler sich beteiligen. Geht es dagegen um wissenschaftliche Intervention, also um eingreifende Wissenschaft, sind die fachliche Kompetenz und die allein darauf fußende und sich verwirklichende Autorität gefragt. Die erste Antwort zur Bestimmung der gewerkschaftlichen Orientierung lautet daher: Erhaltung und tägliche Erneuerung der Autonomie.

Unabhängigkeit heißt notwendig, Dogmen hinterfragen, die Indienstnahme für ökonomische oder politische, also vorwissenschaftliche Interessen durchleuchten, die Täuschungsmanöver symbolischer Herrschaft aufdecken, die oftmals tabuisierten Folgen und Implikationen wissenschaftlich begründeter Handlungsempfehlungen herausarbeiten. Mit anderen Worten, interessengeleiteter Verdunkelung kritische Aufklärung entgegenzusetzen. Das ist ein anspruchsvolles Programm. Auch gewerkschaftsorientierte Forschung muss die eigenen beruflich und sozial bedingten Prägungen hinterfragen. So kann sich beispielsweise der Rückbezug auf die Lage und Interessen der Gewerkschaftsmitglieder, der etwa bei dem Projekt der arbeitnehmerorientierten Einzelwirtschaftslehre des WSI in den 1970er Jahren Pate gestanden hat, für andere Arbeiten zu eng erweisen. In Zeiten der Prekarisierung wuchert soziale Not vornehmlich am Rand, wenn nicht außerhalb des gewerkschaftlichen Organisationsfeldes. Wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die dadurch bewirkten Zerstörungen, die Verfestigung inhumaner Lebensbedingungen finden nicht immer im Zentrum gewerkschaftlicher Aufmerksamkeit statt, von gültiger Beschlusslage ganz zu schweigen. Gleichwohl und erst recht müssen sie Gegenstand gewerkschaftsorientierter wissenschaftlicher Fragestellung sein.

Dies alles verträgt sich freilich nicht mit einem Begriff wissenschaftlicher Wertfreiheit, der die Augen vor den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen wissenschaftlicher Arbeit verschließt; so verstan-

dene »axiologische Neutralität« (Bourdieu) wird gern in Stellung gebracht, um Kritik verstummen und das Deutungsmonopol der wirtschaftlichen und politischen Eliten unangefochten zu lassen. Zugespitzt: gegenüber ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Destruktion gibt es keine Neutralität. Für diese Feststellung bedarf es noch nicht einmal einer spezifisch gewerkschaftlichen Verankerung. Es genügt die allgemeine normative Grundlage jeder kritischen Wissenschaft: die der Humanität. Wenn, wie dargelegt, die Wissenschaftsfreiheit verfassungsrechtlich verbürgt ist, so verweist dies auf den demokratischen Gehalt des geschützten Gutes; sonst bedürfte es der verfassungsrechtlichen Garantie wohl kaum. Namentlich die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften standen in wichtigen historischen Etappen in Opposition zu überkommenen Machtstrukturen. Wir zögern heute aus gutem Grund, in der geschichtlichen Entwicklung mit schnellem Blick Fortschritte festzumachen; dazu ist der Fortschrittsbegriff in jüngster Zeit zu oft missbraucht worden. Doch es gab in der Geschichte Phasen, in denen die Rationalität der Aufklärung und die Freiheit der Person ein Stück weiter bewegt wurden; beides gehört zusammen. Sei es die Ablösung von kirchlicher Bevormundung, sei es die Überwindung feudaler Unterwerfung – Delegitimation undemokratischer Macht und persönliche Autonomie gingen Hand in Hand. Es waren konfliktgeladene Entwicklungen, da sie die individuelle Freiheit beförderten.

Wir würden heute von Menschenwürde und Emanzipation sprechen. Nicht zufällig handelt es sich um die unveräußerlichen menschenrechtlichen Fundamente unserer Verfassung. Sie zu wahren, unter ökonomischen und sozialen Veränderungen vor Auszehrung zu schützen, und ihnen im sozialen Raum Geltung zu verschaffen, sollte auch Auftrag wissenschaftlicher Forschung sein. Nicht dass damit in behender Ableitungslogik aus Grundrechten und Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes wissenschaftliche Fragestellungen und Forschungsgegenstände hervorgehen würden! Doch wenn es darum geht, gewerkschaftlich orientierte Wissenschaft zu definieren, liegt hier der Schlüssel zur Legitimation der Institutsautonomie.

Dass dies mitunter zu Konflikten mit den Gewerkschaftsvorständen führen kann, ist unvermeidlich und in der Institutsautonomie angelegt. Es zeichnet das WSI aus, nicht selten der gewerkschaftlichen Beschlusslage voraus zu sein. Wenn es beispielsweise erkennbar ist, dass unter dem Druck anhaltender Arbeitslosigkeit, defizitären Organisationsgrades und Tarifflicht-Tendenzen der Arbeitgeber die kollektive Festlegung

der Arbeitsbedingungen nur noch begrenzte Reichweite hat, ist es notwendig, nach ebenbürtigen Instrumenten zu suchen, um der Spirale der Niedriglohnentwicklung Einhalt zu gebieten. Das WSI hat bereits frühzeitig vergleichende Untersuchungen über Niedriglöhne und gesetzliche Mindestlöhne als Problemlösung vorgelegt, zu einer Zeit, als das Thema unter den Tarifpolitikern des DGB noch nicht mehrheitsfähig war. Andere Reizthemen waren Vermögensbildung oder die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, um nur einige Beispiele zu nennen.

Nimmt man die Ansprüche einer an Emanzipation und Würde der Person orientierten Forschung ernst, ist dem WSI zu wünschen, den Blick von unten nicht preiszugeben. Dies drängt sich nicht zuletzt deshalb auf, da sich die soziale Polarisierung nicht notwendig in der Mitgliedschaft und vollends nicht unter den Funktionären der Gewerkschaften abbildet. Doch die gewerkschaftliche Orientierung hat sich nicht zuletzt daran zu messen, was im Rahmen des von den deutschen Gewerkschaften stets in Anspruch genommenen politischen Mandats über die Vertretung allein arbeitsmarktbezogener Verbandsinteressen hinausweist. Wenn die Anleihe aus unserer »Leitkultur« erlaubt ist: Der Satz des Evangeliums, »Was ihr einem von diesen meinen geringsten Brüdern getan habt, das habt ihr mir getan« (Math. 25, 40), ist zugleich eine urgewerkschaftliche Maxime, fast ein kategorischer Imperativ. In Zeiten einer Politik der Mitte, die um so genannte Leistungsträger wirbt und primär die im Blick hat, die drin sind, die anderen dagegen aufzugeben bereit ist, ist der Rückbezug des gewerkschaftlichen Mandats auf die, die unten stehen, existenznotwendig. Auch hier Forschung zu betreiben, gehört zur gewerkschaftlichen Orientierung.

Literatur

- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, in: WSI-Mitteilungen 3/86.
- Markmann, H./Spieker, W. (1986): Wissenschaft für Arbeitnehmer und Gewerkschaften, 40 Jahre WWI/WSI im Spannungsfeld von Gewerkschaften, Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: WSI-Mitteilungen 3/86.
- Müller, A. (2006): Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet, München.
- Schelsky, H. (1982): Funktionäre; gefährden sie das Gemeinwohl? Stuttgart.
- Schultheis, F./Schulz, K. (Hrsg.) (2005): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz.

Zeittafel: Stationen der WSI-Geschichte

- 1926 Gründung der WSI-Vorläufereinrichtung »Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik« durch Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, SPD und Konsumgenossenschaften; Schließung durch die Nationalsozialisten 1933
- 1946 Gründung des »Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts« (WWI) durch die Gewerkschaften der Britischen Zone
- 1949 Erweiterung des Instituts durch die Aufnahme der »Abteilung Statistik und Wirtschaftsbeobachtung« der Britischen Zone
- 1950 Festlegung des Instituts-Zwecks »als eines Organs des Deutschen Gewerkschaftsbundes« durch den DGB-Bundesvorstand
- 1954 Umgründung zur rechtlich selbständigen GmbH; Einrichtung des WWI-Tarifarchivs
- 1971 Umbenennung und Aufgabenerweiterung des WWI zum »Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB« (WSI); Verknüpfung mit wissenschaftlicher Selbstverwaltung
- 1995 Integration des WSI als Forschungsabteilung in die Hans-Böckler-Stiftung; Fortsetzung der Namensgebung und der Forschungsaufgaben, Beendigung des selbständigen GmbH-Status
- 2005 Übergang der WSI-Makroökonominnen in das neu gegründete »Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung« (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung zusammen mit ehemaligen Mitarbeitern der DIW-Konjunkturabteilung

Autorinnen und Autoren

- Judith Aust, Dr.*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, im WSI seit 2005.
- Gerhard Bäcker, Prof. Dr.*, Professur an der Universität Duisburg/Essen, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, im WSI von 1977 bis 1995.
- Martin Behrens, Ph.D.*, Referatsleiter für Europäische Arbeitsbeziehungen, im WSI seit 2000.
- Reinhard Bispinck-Hellmich, Dr.*, Referatsleiter für Tarifpolitik, Leiter des WSI-Tarifarchivs, im WSI seit 1979.
- Manfred H. Bobke-von Camen, Dr.*, Geschäftsführer Personal der Berliner Flughäfen, im WSI von 1981 bis 1990.
- Gerhard Bosch, Prof. Dr.*, Professur für Soziologie an der Universität Duisburg/Essen, Vizepräsident des Instituts Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen, im WSI von 1981 bis 1989.
- Silke Bothfeld, Dr.*, Referatsleiterin für Arbeitsmarktpolitik, im WSI seit 2002.
- Ursula Engelen-Kefer, Dr.*, langjährige stellvertretende DGB-Vorsitzende, im WSI von 1970 bis 1974.
- Hans Gabriel*, Referatsleiter Dienstleistungs-, Regional- und Strukturpolitik im Bereich Politik und Planung beim ver.di Bundesvorstand, im WSI von 1988 bis 1991.
- Eckhard Hein, Dr. PD*, Referatsleiter für Allgemeine Wirtschaftspolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, im WSI von 2001 bis 2004.
- Arne Heise, Prof. Dr.*, Professur an der Universität Hamburg, Department Wirtschaft und Politik, im WSI von 1992 bis 2000.
- Claudia Heise, Dr.*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, im WSI seit 2005.
- Detlef Hensche, Dr.*, langjähriger Vorsitzender der IG Medien, Rechtsanwalt in Berlin, im WSI von 1969 bis 1971.
- Ute Klammer, Prof. Dr.*, Professur für Sozialpolitik an der Hochschule Niederrhein, Fachbereich Sozialwesen, im WSI von 1996 bis 2004.
- Kristin Klein*, Referentin des Geschäftsführers Personal, Berliner Flughäfen.
- Christina Klenner, Dr.*, Referatsleiterin für Frauen- und Geschlechterforschung, im WSI seit 1996.

- Heribert Kohl, Dr.*, Freiberuflicher Fachberater und -autor für wissenschaftliche Politikberatung, im WSI von 1972 bis 1980.
- Simone Leiber, Dr.*, Referatsleiterin für Sozialpolitik, im WSI seit 2004.
- Heide Pfarr, Prof. Dr.*, Wissenschaftliche Direktorin des WSI und Mitglied der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung seit 1995.
- Claus Schäfer, Dr.*, Referatsleiter für Verteilungspolitik, im WSI seit 1972.
- Thorsten Schulten, Dr.*, Referatsleiter für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa, im WSI seit 1997.
- Hartmut Seifert, Dr.*, Referatsleiter für Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik, Abteilungsleiter WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, im WSI seit 1975.
- Brigitte Stolz-Willig, Prof. Dr.*, Professur im Fachbereich Sozialarbeit an der Fachhochschule Frankfurt am Main, im WSI von 1979 bis 1996.
- Andranik Tangian, PD Dr.*, Referatsleiter für Ökonometrie, im WSI seit 2003.
- Hartmut Tofaute, Dr.*, Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand, im WSI von 1971 bis 1996.
- Achim Truger, Dr.*, Referatsleiter für Finanz- und Steuerpolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, im WSI von 1999 bis 2004.
- Johann Welsch, Prof. Dr.*, Professur für Volkswirtschaftslehre im Fachbereich Wirtschaft an der Fachhochschule Wiesbaden, im WSI von 1980 bis 1987.
- Ulrike Wendeling-Schröder, Prof. Dr.*, Professur für Arbeitsrecht, Unternehmens- und Zivilrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Hannover, im WSI von 1977 bis 1993.
- Ulrich Zachert, Prof. Dr.*, Professur für Arbeitsrecht an der Universität Hamburg, im WSI von 1974 bis 1981.
- Nadine Zeibig*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, im WSI seit 2006.
- Astrid Ziegler, Dr.*, Referatsleiterin für Strukturpolitik, im WSI seit 1991.
- Bruno Zwingmann*, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (Basi), im WSI von 1979 bis 1989.